Rede des
Bundesministers für
Ernährung und Landwirtschaft
Christian Schmidt MdB

Anlass:	Kundgebung gegen Antisemitismus
Termin:	29. Juli 2014, 18:30 Uhr
Ort:	München, Platz der Opfer des Nationalsozialismus

Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn

Sehr geehrte Frau Präsidentin Knobloch,
sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,
meine Herren Staatsminister,
Herr Bürgermeister Schmid,
Frau Regionalbischöfin,
Herr Weihbischof,
Herr Vorsitzender Jena,
meine Damen und Herren,

Deutschland ist die Heimat der deutschen Juden. Und ich möchte meine Stimme erheben, damit es auch in Zukunft eine sichere und liebenswerte Heimat bleibt, die Geborgenheit bietet. Das Judentum ist untrennbarer Teil unserer deutschen Kultur, unserer deutschen Geschichte und unserer deutschen Gesellschaft. Wer unsere jüdischen Mitbürger attackiert und beleidigt, der trifft uns alle, unsere Werteordnung, unser Selbstverständnis. Und wenn wir in der Nacht zu heute von einem Brandanschlag auf eine Synagoge in Wuppertal erfahren müssen, dann verurteile ich das aufs Schärfste. Ein mutmaßlicher Täter ist gefasst. Das ist gut, aber nicht beruhigend. Denn solch abscheuliche Taten gehören nicht in unser Land. Den Brandstiftern – den ausführenden und geistigen Brandstiftern – wollen wir gemeinsam entgegentreten!

Meine Damen und Herren,
uns alle treiben die schlimmen, bedrückenden Bilder aus dem Nahen Osten um. Nichts ist dringlicher als der Wunsch nach Frieden zum Wohle der Menschen in der gesamten Region.
Jeder Mensch, der sein Leben verliert, ist einer zu viel.
Jede Familie, die unsägliches Leid erfährt, ist eine zu viel.

In den letzten Tagen haben wir erkennen müssen, wie der Konflikt im Nahen Osten zum Anlass genommen wurde, um in einigen Ländern Europas und auch hier bei uns in Deutschland eine unerträgliche Stimmungsmache gegen Menschen jüdischen Glaubens anzuzetteln.

Aber eines ist für mich ganz klar: Hassparolen und Friedenwünsche – das passt nicht zusammen. Bei uns in Deutschland haben antisemitische Hetzparolen keinen Platz!

Hier übernimmt der deutsche Staat Verantwortung. Wie auch andere führende Vertreter unseres Staates wehre auch ich mich gegen diese bedrohliche Kombination von Hass und Gewalt, die da im Ton der Menschenverachtung auch auf unseren Straßen propagiert wird. Denn das ist nichts anderes als ein Angriff auf unsere Werteordnung. Und das können und werden wir nicht stillschweigend hinnehmen!

Wir wollen in Deutschland eine intensive Debattenkultur pflegen. Bei uns darf kontrovers gestritten werden. Das ist ein Vorzug unserer Demokratie. Die freie Meinungsäußerung ist eine hart erkämpfte Errungenschaft. Auch die Politik lebt von harten Auseinandersetzungen, die Kraft des Arguments soll sich durchsetzen – wohl wissend, dass manches Mal Ansichten auch unvereinbar bleiben können.

Aber es wird eine wichtige Grenze klar überschritten, wenn an die Stelle einer politischen Auseinandersetzung Polemik und Agitation gegen Menschen eines bestimmten Glaubens oder einer bestimmten Herkunft treten. Unabhängig aus welcher Ecke hier Vorurteile, Ängste und Hass geschürt werden – ob von islamistischen, rechtsradikalen oder auch linksextremen Kräften –, es ist eine unzulässige, bösartige und gefährliche Vermischung. Wir müssen uns dagegen erheben!

Ich erinnere mich noch sehr gut, als sich im vergangenen Jahr der Deutschen Bundestag mit Ausnahme der Linken bekannt hat zur Förderung des jüdischen Lebens in Deutschland.

Meine Damen und Herren,
wir Deutschen haben eine besondere Verantwortung gegenüber Israel. Wir sind nicht geschichtsvergessen. Das sage ich an diesem Ort, der seinen Namen im Gedenken an die Millionen Opfer des Nationalsozialismus trägt, in tiefer Demut und zugleich mit dem notwendigen Selbstbewusstsein:
Wir haben uns bewusst und aus guten Gründen zur Solidarität mit Israel entschieden. Seine Existenz darf nicht in Frage gestellt werden. Wenn unter Staatsraison eine Regel für Rangordnungen im Fall von Interessenkollisionen zu verstehen ist, dann ist das Existenzrecht Israels für uns in Deutschland Staatsraison – nämlich von höchster Rangordnung!

Im Hinblick auf das Geschehen in Deutschland kann ich Ihnen versichern, dass die Bundesregierung wachsam bleibt. Wir wissen um den erschreckenden Anteil von offenem und latentem Antisemitismus in Deutschland – *er soll bei rund 20 Prozent liegen*.
Jeder verantwortungsbewusste Politiker sollte mit klaren Worten an der Seite unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger stehen. Aber er sollte es nicht dabei belassen. Auf Worte müssen Taten folgen.

Deshalb gibt es etwa Präventionsprogramme gegen entsprechende Gewalt.

Und deshalb gibt es Austausch- und Begegnungsprogramme für Deutsche und Israelis.

Wir fangen am besten bei den Kleinen in den Schulen an und hören bei den Erwachsenen nicht auf. Die persönliche Begegnung von Mensch zu Mensch schafft Verständnis und fördert die Toleranz. Damit können wir uns bereits der Anfänge erwehren!

Wir sind dankbar, dass wir jüdisches Leben und jüdische Kultur in Deutschland haben. Wir verstehen sie als Bereicherung. Sie gehören zu Deutschland!
Deshalb unterstützen wir jüdische Einrichtungen wie Hochschulen, Archive oder Institute. Sie leisten für uns alle wertvolle Beiträge. Ich bin der festen Überzeugung, dass sie uns in unserer Vielfalt stärken und dass sie den Zusammenhalt in Deutschland und Europa festigen.

Meine Damen und Herren,
die Politik tut vieles.
Doch das alleine wird nicht ausreichen.
Gefordert sind alle Bürgerinnen und Bürger dieses Landes:
Niemand darf sich bei uns bedroht fühlen – Sie dürfen sich bei uns nicht bedroht fühlen.
Antisemitismus hat bei uns keinen Platz.
Wir werden deshalb eng zusammenstehen.

So, wie wir es hier tun.

Und deshalb bin ich gerne dabei.